Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1240, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609

Nr. 285. Halle, Dienstag, den 22. Juni 1920. **Einzelpreis 20 Pfg.**

Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt.

Vor der endgültigen Bildung des Kabinetts der Mitte.

Berlin, 21. Juni. Der Reichspräsident hat den Präsidenten der Nationalversammlung Rechtsanwalt Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt. Abg. Fehrenbach hat diese Berufung angenommen. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen über die Kabinettsbildung nunmehr recht bald zum Abschluß gelangen.

Diese knappe Meldung bringt eine neue positive Note in die Verhandlungen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Reichspräsident die Ernennung Fehrenbachs zum Reichskanzler offiziell bekannt gegeben hätte, ohne daß ausreichende Gewißheit für das Zustandekommen eines bürgerlichen Kabinetts der Mitte in der Form, wie wir sie in dem Leitartikel unserer Sonntagnummer besprochen, vorhanden ist und dafür, daß ein solches Kabinett die für seine Lebensfähigkeit erforderliche parlamentarische Mehrheitsbasis finden wird. Welche Männer das Kabinett umfassen wird, dafür bieten die vorliegenden Nachrichten zur Stunde noch keinen Anhalt. Als sicher kann eben wohl erwartet werden, daß Zentrum und vor allem die Deutsche Volkspartei sich auf den Boden der von den Demokraten abgegebenen Erklärung gestellt haben werden, weil sie schließlich die einzige ist, die die Möglichkeit eines einigermaßen reibungslosen Arbeitens bietet. Am meisten Abstriche werden die Mehrparteiler gemacht haben. Wenn bei der Besetzung der Ministerien die sachliche Befähigung in den Vordergrund tritt, so wird das kaum als Konzession an die Volkspartei angesehen werden können. Denn das Zentrum, wie die Demokratie haben genau das gleiche Interesse schon in der Vergangenheit dorin gezeigt, für die einzelnen Aemter aus ihren Reihen heraus nur solche Männer zu präsentieren, von denen man auf Grund ihrer sachlichen und parlamentarischen Erfahrungen erwarten konnte, daß sie den an sie herantretenden schweren Aufgaben auch gewachsen sein und sich nicht zu dilettantischen Experimenten hinreißen lassen würden. Den Ruf nach Fachministern kann man unter solchen Umständen getrost als Schlagwort werten, mit dem man die Massen ködern wollte. Welche Stellung die Demokraten in der neuen Regierung einzunehmen haben, ist von uns an dieser Stelle schon öfter, auch in der gestrigen Abendausgabe besprochen worden. Wir können uns also weiter auf den Standpunkt des Abwartens stellen in der Voraussicht, daß der neu gefundene Weg gangbar sein wird, um die Zertrümmerung dessen, was bisher erreicht wurde zu verhindern und die Aufgaben, die Spa stellt, einigermaßen gewappnet gegenübertreten zu können.

⊙

Neue Meldungen über die Verhandlungen in Berlin.

N. Berlin, 21. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Nachdem nunmehr die Berufung Fehrenbachs zum Reichskanzler erfolgt ist, haben die Führer der an der neuen Regierung beteiligten Parteien zugegeben, daß durch die Tatsache der Berufung die Gewähr dafür gegeben ist, daß etwaige Meinungsverschiedenheiten, die jetzt noch auftreten könnten, ohne besondere Schwierigkeiten sich beseitigen lassen. Heute nachmittag traten die Deutsche Volkspartei und die Demokraten zu Sitzungen zusammen, um den Zusagen ihrer Führer zuzustimmen. Die Beschlüsse der Fraktionen tragen rein formellen Charakter. Reichskanzler Fehrenbach wird sich dann mit den Führern der drei Koalitionsparteien über die Ministerliste zu einigen haben. Auch das Kabinett wird sodann bald zusammengestellt sein. Der Reichstag, der am Donnerstag zusammentritt, wird wie verlautet, das neue Ministerium am Donnerstag begrüßen können.

Berlin, 21. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Beratungen zwischen dem Reichskanzler Fehrenbach und den Vertretern der neuen Regierungskoalition, an der Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei beteiligt sind, über die Aufstellung des neuen Regierungsprogramms sind, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, in den Hauptpunkten zu einem gewissen Abschluß gelangt. Reichskanzler Fehrenbach hat den Parteien einen Einigungsvorschlag unterbreitet, der als erste Sorge der Regierung den Wiederaufbau Deutschlands bezeichnet. Die Regierung habe den festen Willen, sich dieser Aufgabe auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform zu unterziehen. Er bittet die Parteien in einer Zeit, in der die wichtigsten auswärtigen und wirtschaftlichen Fragen alle Kräfte einheitlich in Anspruch nehmen müssen, alle verfassungsrechtlichen Fragen dem vaterländischen Interesse gegenüber zurücktreten zu lassen.

•

Das neue Kabinett.

Berlin, 21. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Von gut unterrichteter Seite wird uns folgende Zusammensetzung des neuen Kabinetts auf der Grundlage der vom Reichskanzler Fehrenbach bisher zusammengestellten aber noch nicht amtlich veröffentlichten Ministerliste mitgeteilt: Auswärtiges: Geheimer Rat Simon, Inneres: Koch, Finanzen: Wirth, Post: Giesberts, Ernährung: Hermes, Wehr: Geßler, Justiz: Heinze (doch ist dieser Kandidat von der Deutschen Volkspartei noch nicht offiziell bestätigt worden), Schatz: Karsdorff. Verkehrsministerium, Wirtschaftsministerium und Arbeitsministerium sind noch nicht besetzt, doch ist beabsichtigt, für das Arbeitsministerium eine den Christlichen Gewerkschaften nahestehende Persönlichkeit heranzuziehen. Ueber die Besetzung des Wiederaufbauministeriums ist noch nicht entschieden. Es ist geplant, diesen Posten mit einem anderen Ministerium zu verbinden. Die Schaffung eines Ministers ohne Portefeuille ist aufgegeben worden.

Die bayrische Eigenart.

(Politischer Brief aus Bayern.)

Die Zeiten sind kritisch, und es scheint mir dringend notwendig, um freundliches Verständnis im Reich für das zu werben, was man die bayrische Eigenart zu nennen sich gewöhnt hat. Daß diese Eigenart in der Anschauung über Notwendigkeiten und Annehmlichkeiten der Lebensführung in Bayern vorhanden ist, und zwar bei den Anhängern und Mitläufern aller Parteien, so weit sie bayrisches Eigengewächs sind, ist unbestritten. Weniger klar erkannt wird aber draußen im Reiche der Umstand, daß Politik und Wirtschaft in Bayern auf Grund seiner überwiegend agrarischen Konstruktion ganz andere Erfordernisse zeigen, und daß es in der Tat eine grobe Vergewaltigung des Landes Bayern darstellen würde, wenn man die Durchschnittsbegriffe, die Form des Lebens im Reiche und in Preußen einfach auf Bayern übertragen würde.

Man sieht das am besten aus den Ergebnissen der Wahlen vom 6. Juni. In Bayern ist an diesem Tage neben der Reichstags- auch die Landtagswahl vorgenommen worden. Und beide haben, da sie nach demselben Listen-System vor sich gingen, Ergebnisse gehabt, die nur wenig von einander abweichen. Es hat sich dabei ergeben, daß die Sozialisten aller drei Schattierungen noch nicht ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen und daß im Landtage den 47 Sozialisten, Unabhängigen und Kommunisten 108 bürgerliche Abgeordnete gegenüber stehen werden. Das ergibt natürlich ein ganz anderes Bild, als es der Reichstag bietet, dessen Machtverteilung den bürgerlichen Parteien so wenig Mut macht, die Regierungszügel zu ergreifen. In Bayern dagegen ist es auf Grund des Wahlergebnisses einfach demokratisches Erfordernis, nach dem überwältigenden Mehrheitswillen zu regieren. Die Bayrische Volkspartei ist mit ihren 63 Mandaten so stark, daß sie mit den 21 Abgeordneten der Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei schon eine sichere Majorität bilden kann. Der Bauernbund, der von seinen Ausflügen in die Gefilde des Radikalismus ein wenig enttäuscht zurückgekehrt ist, stellt 12 Vertreter und ebensoviel stellen die Demokraten. Daß sich mindestens auch die Demokraten mit an der Regierungsbildung beteiligen werden, kann man als sicher annehmen.

Mit den Mehrheitssozialisten hat es hier seine besondere Bewandtnis. Sie waren nach der schweren Verwundung Auers am 21. Februar 1919 nicht glücklich geführt und haben bei den Wahlen einen Stimmenschwund erlitten von 1 124 000 auf 167 000. Das hat natürlich starke Enttäuschung und Beunruhigung bei ihnen hervorgerufen, zumal die Unabhängigen ihnen nur noch um 100 000 Stimmen nachstehen. Obwohl die bürgerlichen Parteien zahlenmäßig nicht auf die mehrheitssozialistischen Stimmen angewiesen sind, haben sie klugerweise sämtlich zu erkennen gegeben, daß ihnen eine Beteiligung der sozialistischen rechten Flügelpartei an der Regierung durchaus genehm sei, und das Wiedererscheinen Auers auf der politischen Bildfläche ließ zunächst die Erwartung zu, daß es gelingen werde, sie zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Auers Führereigenschaften und seine von allen politischen Parteien anerkannten und nur von den Unabhängigen und Kommunisten bestrittenen Verdienste um das Land in den ersten aufregenden Revolutionsmonaten ließen eine solche Beteiligung besonders wünschenswert und möglich erscheinen. Wenn es trotzdem jetzt so aussieht, als ob die Mehrheitssozialisten bei Seite stehen wollten, so liegt der Grund in der Furcht vor der Konkurrenz der Unabhängen: Es wird dann eben ohne Sozialisten in der Regierung gehen müssen. Aber es wäre sicher falsch anzunehmen, daß nun etwa eine provokatorische, antisozialistische Politik getrieben werden würde, die ja überhaupt dem deutschen Süden, der seine Politik nicht so schablonisiert und entpersönlicht hat, nicht liegt. Man ist hier auch klug genug, dem Drittel des Volkes, das sozialistisch gewählt hat, seine Bedeutung und seine Rechte zuzugestehen, aber man will sich nicht in allem und jedem nach diesem Drittel richten. So wird also wahrscheinlich Herr v. Kahr, der zwar Bayr. Volksparteiler ist, aber seinen Protestantismus nicht verleugnet, sein neues Ministerium aus bürgerlichen Politikern bilden müssen.

Diese besonderen bayrischen Umstände machen es auch klar, weshalb in Bayern der föderative Gedanke noch immer seine festeste Stütze hat, und weshalb man sich hierzulande gegen die deutsche oder gar preußische Schablonisierung sträubt. Und diese Politik des Widerstandes gegen einen für das Land nicht passenden Reichszwang wird in der neuen Regierung Kahr sicher einen noch deutlicheren Ausdruck finden als bisher. Dazu muß auch beitragen, daß mit dieser Politik schon ganz erhebliche Erfolge errungen worden sind. Bayern hat allein im Reiche gegen den Widerstand der Berliner Zentrale, ja sogar gegen (freilich vielleicht nicht sehr ernst gemeinte) Ententedrohungen seine Einwohnerwehr behalten und denkt gar nicht daran, sie aufzulösen. Das allein gibt der bayrischen Regierung eine Stärke und die Gewähr einer Stetigkeit eines Schutzes vor Ueberraschungen, wie sie sonst nirgends in deutschen Landen gegeben ist. Und wenn man dazu nimmt, daß das Mißtrauen in Bayern gegen die Berliner Wirtschaftspolitik, zumal gegen die Geschäftsführung der Kriegsgesellschaften, in denen man hier allgemein eine ganz ungeheuerliche Schädigung des deutschen Südens erblickt, riesengroß ist, dann wird man auch im übrigen Deutschland anfangen, dem Wort von der bayrischen Eigenart, das zunächst den meisten im Reiche nur leere Hülle sein wird, einen sehr verständigen und verständlichen Sinn und Inhalt zu geben. Das wird sehr nützlich für den Fall sein, daß die bayrische Politik die ihre eigenen Notwendigkeiten neuerlich wieder in Berlin zur Geltung zu bringen gezwungen ist. Sollten z. B., wie es ja den Anschein hat, die Gewerkschaften von neuem versuchen, eine Art Nebenregierung im Reiche zu errichten und in die Regierungsbildung mit Bedingungen und Forderungen eingreifen, so kann es wohl eintreten, daß Bayern sich gegen die Duldung solcher Zustände mit aller Energie wehrt. Man erblickt hier darin viel klarer als in Berlin einen Verfassungsbruch, den man unter keinen Umständen hinzunehmen gewillt ist. Konsequenzen auszumalen, bleibe jedem überlassen. Aber die Warnung, die darin liegt, muß ausgesprochen werden.

Möge man in allen deutschen Gauen lernen, daß die bayrische Politik des Eigenwillens nicht von Eigensinn, sondern von Notwendigkeiten vorgeschrieben wird. Möge man vor allem erkennen, daß diese bayrische Politik zwar keine berliner aber eine gute deutsche Politik ist.

Gardiner über seine Studienreise in Deutschland.

Amsterdam, 21. Juni. Der Chefredakteur der „Daily News", Gardiner, hebt in seinem neuesten Aufsatz über die Ergebnisse seiner Studienreise durch Deutschland hervor, daß trotz allen Elends der Geist des deutschen Volkes ungebrochen und der Wille, durch Arbeit und Sparsamkeit allmählich wieder hochzukommen, allgemein sei. Gardiner fährt fort: Das Ernährungsproblem hat die Erinnerung an den Krieg ausgelöscht, es wird wenig von Rache geredet. So weit Erbitterung vorhanden ist, richtet sie sich gegen die Franzosen. Englische Offiziere und Beamte in Deutschland waren es, die mir gegenüber die Tatsache verurteilten, daß Deutschland noch immer als ein Ausgestoßener behandelt wird. Ein englischer Militär tadelte die Unterordnung der englischen Politik unter die kurzsichtigen Bestrebungen des französischen Chauvinismus. Ein hervorragender englischer Beamter in Deutschland sagte: Ist der Krieg zu Ende, oder geht er weiter? Diese Propaganda des Hasses entspricht nicht unsern Ueberlieferungen. Am Schluß des Artikels spricht Gardiner die Ueberzeugung aus, daß in der englischen Politik wie in der Stimmung des englischen Volkes eine Wendung zur Besserung eintreten werde, wenn man sich statt von einer böswilligen einheimischen Presse, von englischen Offizieren und Beamten beraten lassen wollte, die in Deutschland tätig sind.

Aus Nordschleswig.

Berlin, 19. Juni. Nachdem die Alliierten die bisherige erste Zone des nordschleswigschen Abstimmungsgebietes von Deutschland losgetrennt und Dänemark zugewiesen haben, muß das nördlich der von ihnen festgesetzten Grenzlinie, der sogenannten Clausenlinie, liegende Gebiet politisch und wirtschaftlich als Ausland behandelt werden. Die Aus- und Einfuhr über die neue Grenze unterliegt den deutschen Aus- und Einfuhrverboten und ist nur gegen ordnungsmäßige Aus- und Einfuhrbewilligung gestattet. Für die bis zum 30. Juni einschließlich festgesetzte Uebergangszeit jedoch gelten auch die vom Volkswirtschaftsrat in Flensburg ausgestellten Aus- und Einfuhrscheine und die von Demobilmachungs-Kommissar in Schleswig erteilte Zulaufgenehmigung als ordnungsmäßige Ein- und Ausfuhrbewilligung. Durch diese Zulassung soll ermöglicht werden, daß bis zur endgültigen Regelung der wirtschaftliche Verkehr zwischen beiden Zonen nicht urplötzlich abgeschnitten, sondern in einem Umfang aufrechterhalten wird, der den Lebensbedürfnissen in diesem Gebiet entspricht.

Von der internationalen Seemannskonferenz.

Amsterdam, 21. Juni. Einer Reutermeldung aus Genua zufolge verlangte auf der internationalen Seemannskonferenz der bekannte Führer des englischen Seeleuteverbandes Havelock Wilson im Namen der englischen Seeleute, dem deutschen Delegierten solle die Teilnahme nur gestattet werden, wenn er sein Bedauern über den U-Bootkrieg ausspreche und sich eine amtliche Zusicherung der deutschen Regierung besorge, daß den Opfern der U-Boote eine Entschädigung gezahlt werde.

Gegen den Alkohol- und Tabakgenuß der Jugend.

Mit allgemeiner Zustimmung wurde auf der Reichsschulkonferenz folgende Erklärung einer ganzen Zahl von Organisationen angenommen.

Der geradezu gefährlich überhandnehmende Alkohol- und Tabakgenuß der Jugend, zumal in den auf alle üblen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200622016/fragment/page=0001

flüsse besonders empfindlich reagierenden Entwicklungsjahren, zerstört immer wieder einen großen Teil dessen, was die Schule in schwieriger Arbeit geistlich und sittlich aufzubauen sich bemüht. Wir betonen daher die Notwendgikeit planmäßiger Aufklärung über die Alkoholgefahr im Schulunterricht, wir fordern Uebermittelung der wissenschaftlich festgestellten Tatsachen über die Wirkung des Alkoholgenusses in den Schulen jeder Art, im allgemeinen nicht in eigenen Unterrichtsstunden, sondern im Zusammenhang mit dem sonstigen Unterricht, namentlich der Gesundheit, Staatsbürger- und Haushaltskunde. Zusammenhängende Hinweisungen auf die Alkoholfrage empfehlen sich bei besonderen Anlässen, namentlich vor der Schulentlassung. Seitens der Schule ist jede Gelegenheit zum Alkoholgenuß, so bei Schulfeiern und gemeinsamen Wanderungen streng zu vermeiden. Um den Lehrer zur Erteilung dieses Unterrichts instand zu setzen, bedarf es besonderer Anleitungen, Fachvorlesungen mit Uebungen sowie öffentlicher Vorlesungen für Studierende aller Fakultäten. Die Lehrbücher, Schulsammlungen und Büchereien müssen den nötigen aufklärenden Stoff bieten. Die Fernhaltung jugendlicher Personen mindestens bis zum Alter von 16 Jahren von der Gelegenheit zum Alkoholgenuß muß von Gesetzgebungen und Verwaltung entschieden gefordert werden. Die durch Reichsgesetz den Landesregierungen erteilte Befugnis zur Regelung der weiblichen Bedienung im Wirtschaftsbetrieb ist vor allem im Hinblick auf jugendliche Personen ungesäumt mit größter Entschiedenheit auszunützen. Wir sind uns freilich bewußt, daß mit Verboten allein nur beschränkte Erfolge erzielt werden können. Vielfach wirken Verbote sogar direkt als Anreiz, indem sie das Zuwiderhandeln mit der falschen Gloriole eingebildeten Heldentums umgeben. Umsomehr müssen wir die freie Einsicht und Entschließung der gesunden tüchtigen Jugend selbst als unseren besten Bundesgenossen betrachten, das hat sich in den zahlreichen alkohol- und nikotinfreien Jugendorganisationen gezeigt. Auf dem Boden dieser Jugendbewegung entwickelt sich auch besonders leicht das rechte Vertrauen und Achtungsverhältnis zwischen der Jugend und ihren berufenen Führern. Die gegenseitige absichtslose Kontrolle der Jugendlichen untereinander und die Kontrolle der eigenen Vernunft und des eigenen Gewissens bei der selbstbewußten reifen Jugend wird stets mehr Wert und Bedeutung haben, als alle von der Schule ausgeübte Kontrolle, die naturgemäß doch immer nur äußerlich und sehr lückenhaft sein und Wert im Sinne der Erziehung zur sittlichen Selbständigkeit und Charakterfestigkeit nur in bescheidenem Umfange haben kann. Gerade der beste Teil unserer deutschen Jugend wird die bisher vorliegende schöne Aufgabe, die im umfassendsten und tiefsten Sinne des Wortes zugleich eine nationale Aufgabe ist, mit freudiger Begeisterung ergreifen. Die Zusammenarbeit auf diesem Boden wird zugleich starke Brücken bauen über die konfessionellen und parteipolitischen Gegensätze hinweg, die gegenwärtig leider mehr als je auch unsere Jugend schon in gehässig leidenschaftlichen Kämpfen zu zerreißen und mit gegenseitigem Vorurteil zu erfüllen drohen. Wir hoffen deshalb, daß von jetzt an alle Schwierigkeiten, die bisher auf dem Gebiet des Zusammenschlusses abstinenter Schüler und Schülerinnen bestanden, restlos verschwinden werden.

Deutsches Reich.

Das amtliche Ergebnis der Wahlen für Groß-[illegible] [illegible] weil erst sämtliche Zahlen vorliegen müssen. Diese Gesamtzahl wird dann durch die Zahl der Mitglieder der neuen Stadtverordnetenversammlung geteilt und auf Grund des Wahlkoeffizienten werden die Mandate auf die einzelnen Parteien verteilt. Nach der „B. Z." läßt sich bereits erkennen, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien in der ersten Stadtverordnetenversammlung der Einheitsgemeinde Berlin die absolute Mehrheit und die Unabhängigen bedeutend an Einfluß gewonnen haben werden. Für die Bezirkswahlen scheint in den meisten Bezirken sich eine bürgerliche Mehrheit zu ergeben.

Das süddeutsche Verkehrspersonal für die Republik. Die in der Arbeitsgemeinschaft (Bayern, Württemberg und Baden) vereinigten Organisationen des Verkehrspersonals gaben den einstimmig gefaßten Beschluß bekannt, „daß sie auf dem Boden der Reichs- und Länderverfassungen stehen. Sie werden sich gemeinsam gegen jeden gewaltsamen Umsturz wenden, ob er von links oder rechts kommt. Das Eisenbahn- und Postpersonal wird derartige Versuche unverzüglich durch Stillegung des gesamten Verkehrs im Keime ersticken". Sie hoffen und wünschen, daß diese Richtlinien keine praktische Bedeutung erlangen werden.

Die Vermittlungsstelle vaterländischer Verbände veranstaltete am Sonntag im Zirkus Busch zu Berlin eine Versammlung der Abstimmungsberechtigten aus Eupen, Oberschlesien, Ost- und Westpreußen, sowie aus Schleswig-Holstein, um gegen die Unterdrückung des Deutschtums und der Freiheit in den Abstimmungsgebieten zu protestieren.

Blutiger Zusammenstoß mit farbigen Seeleuten. In Hamburg ist es zwischen der Bevölkerung in Neuhof am Kühlbrand und der Besatzung des an der Vulkanwerft liegenden brasilianischen Dampfers „Cuhaba" zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die farbigen Seeleute waren schon seit einigen Tagen der Einwohnerschaft gegenüber recht provozierend aufgetreten. Am vergangenen Sonnabend veranstalteten sie eine Festlichkeit in einem Lokal. Hierzu hatten sie sich erst zweifelhafte Damen aus Hamburg mitgebracht und dazu Frauen und junge Mädchen eingeladen. Am Donnerstag promenierten die farbigen Seeleute wieder auf den Straßen Neuhofs mit jungen Mädchen. Gegen 10 Uhr abends kam es dann zu Hänseleien. Die Brasilianer gingen an Bord und kamen gegen 70 Mann stark und bewaffnet mit Dolchen und Revolvern zurück. Es entwickelte sich eine Schlägerei, bei der die Brasilianer einige Salven abgaben. Dann zogen sie sich zurück. Als eine Abteilung Sicherheitswehr anrückte, warfen sie Revolver und Dolche in den Kanal. Darauf wurden sie zunächst auf ihren Dampfer geführt, den sie vorläufig nicht verlassen dürfen. Von der Bevölkerung in Neuhof sind mehrere Personen schwer verletzt.

Der Preußenbund. Der in der kritischen Zeit des Zabern-Konfliktes im Jahre 1913 gegründete „Preußenbund", der in den Kriegsjahren und während der Revolutionsepoche kaum ein Lebenszeichen von sich gegeben hatte, hielt am Freitag in Potsdam seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der „Geist von Potsdam" durchwehte sie vom Anfang bis zum Ende. Generalleutnant Rogge, der neue Vorsitzende, leitete die Verhandlungen ein mit Einreichung eines — selbstverständlich angenommenen — flammenden Protestes gegen den Beschluß der Mehrheitsparteien der preußischen Landesversammlung auf Schaffung eines deutschen Einheitsstaates, und der neu in den Reichstag gewählte Graf Westarp schloß sie mit einem energischen Bekenntnis zum alten Preußen. Die gewaltige Wandlung der Zeit ist also an den Männern des Preußenbundes spurlos vorübergegangen. Für sie bleibt der neue Volksstaat Preußen, dessen demokratische Verfassung noch im Werden begriffen ist, ein totgeborenes Gebilde, während sie das alte Preußen für unsterblich halten, wobei das ausgesprochene Verlangen nebenhergeht, daß einer neuen Hohenzollerndynastie der Weg zu bereiten sei. Kein vernünftiger Mensch wird die großen Verdienste dieser Dynastie um den preußischen Staat verkennen oder in Abrede stellen. Ebensowenig wird über das segensreiche Wirken der altpreußischen Tugenden der Schlichtheit, Pflichttreue, Zucht und Ordnung ein Zweifel obwalten können. Aber es ist durchaus nicht ersichtlich, warum für diese wertvollen Eigenschaften, die immerdar das Eisen im deutschen Blut darstellen werden, nicht auch im neuen Volksstaat Preußen Raum sein sollte. Im modernen deutschen Verfassungsleben kann von einer Führerstellung Preußens äußerlich keine Rede sein. Aber wenn jene Bürgertugenden, nicht zuletzt die des Gehorsams und der selbstlosen Hingabe an den Staat, sich auch fernerhin auswirken, dann wird es nicht ausbleiben, daß Preußen sich eine geachtete Stellung unter den deutschen Freistaaten erringt. Es wäre unpatriotisch, den vaterländischen Gedanken über dem Preußentum versanden zu lassen. Dahin müßte es aber unausbleiblich kommen, wenn der preußische Partikularismus in die Halme schießt und die notwendige opferwillige Rücksicht auf die anderen deutschen Volksstämme außer acht gelassen würde. Der deutsche Einheitsgedanke ist durch den Ausfall der Reichstagswahl ohnehin nicht eben gefördert worden. In Bayern wird der Anspruch auf staatliche Sonderart schon über Gebühr geltend gemacht. Dem Wiederaufstieg des Vaterlandes, den alle Deutschen wünschen müssen, wäre also ein schlechter Dienst erwiesen, wenn auch noch die partikularen Tendenzen des Preußenbundes sich ausbreiteten und das alte deutsche Uebel der Zersplitterungssucht wieder aufleben würde. Doch man darf sich wohl getrösten, daß die Wirkungskreise des Preußenbundes beschränkt bleiben werden, vorüber vielleicht schon die Neuwahl zur preußischen Landesversammlung die Quittung erbringt.

Streik.

WTB. Mainz, 21. Juni. Die gesamte Arbeiterschaft des Werkes Gustavburg der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Aktien-Gesellschaft, und des Boddernheimer Kupferwerkes, Werk Gustavburg, sind heute früh in den Ausstand getreten. Es handelt sich um etwa 2000 Mann.

Ausland.

Harding über Irlands Unabhängigkeit.

Haag, 20. Juni. (Eig. Meldung.) Der amerikanische Präsidentschaftskandidat Harding hatte mit dem Vorsitzenden der amerikanischen Kommission für die Unabhängigkeit Irlands eine Unterredung, worin er nach Anerkennung der irischen Verdienste im amerikanischen Unabhängigkeitskampfe sagt: Ich habe sehr viel Sympathien für die Bewegung, die die Unabhängigkeit Irlands und die Begründung der irischen Nationalität erzielen will, die das natürliche Verlangen jedes Staates sind, der seine Freiheit liebt.

Der Patriarch von Jerusalem beim Papst.

Rom, 20. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Der Patriarch von Jerusalem, Monsignore Barbassini, ist in Rom eingetroffen, um dem Papst über die Lage der christlichen Bevölkerung in Palästina Bericht zu erstatten. Der Papst verhandelt gleichzeitig auch durch Vermittlung der dänischen Gesandtschaft beim Vatikan mit den britischen Okkupationstruppen in Palästina über den Schutz der christlichen Bevölkerung und der Ordensangehörigen.

Zusammenstöße mit Negern.

WTB. Paris, 21. Juni. Havas meldet aus Hull, in der [illegible] hier zwischen weißen Matrosen und Negern. Dabei wurden fünf [illegible] Geschäfte ausgeplündert. Mehrere Verletzte mußten ins Spital eingeliefert werden, zwei Neger wurden verhaftet.

Die russische Frage in Hythe.

WTB. Paris, 21. Juni. Nach dem „Journal" hat die jetzige Zusammenkunft in Hythe sich auch mit der russischen Frage beschäftigt und Berichte über die Verhandlungen mit Krassin entgegengenommen. Lloyd George wünschte vor allem mit Rußland zu einer Einigung zu gelangen, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Lande wieder aufzunehmen und so einen modus vivendi zu schaffen, was in der Tat einer Anerkennung der Sowjetregierung gleichkommen würde.

Ein neuer Plan zur Knebelung Deutschlands.

WTB. Paris, 21. Juni. Wie das „Journal" mitteilt, sei man in der Durchführung des Friedensvertrags von der Zwangsmaßnahme der militärischen Besetzung abgekommen und habe beschlossen, wenn Deutschland die Klauseln des Friedensvertrags nicht erfülle, zum Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu schreiten, was einer gemilderten Blockade gleichkäme.

Amerika weigert sich.

Paris, 21. Juni. Havas. Die „Times" bestätigen, daß die Vereinigten Staaaten sich geweigert haben, die Rückzahlung der interalliierten Kriegsschulden von der Zahlung der deutschen Schuld abhängig zu machen. — Demselben Blatte zufolge habe man abänderungsfähige Jahreszahlungen vorgeschlagen, die je nach der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands ausfallen sollten. Der Minimaljahresbeitrag soll drei Milliarden ausmachen und es sollen Zinsen bezahlt werden. 35 Jahreszahlungen seien vorgesehen.

Halle und Umgegend.

Halle den 21. Juni 1920.

Stadtverordneten-Sitzung.

Beinahe volle fünf Stunden währte die heutige Sitzung. Sie umfaßte nur mit Einschluß eines Punktes aus der öffentlichen Tagesordnung sieben Vorlagen gegen sonst zwanzig bis dreißig, aber selbst diese wenigen Vorlagen wurden nicht alle erledigt, weil zwei Punkte: Betriebseinschränkung bei der Straßenbahn und der andere: Bericht des Untersuchungsausschusses in Sachen Oberbürgermeister Rive, schier endlose Debatten veranlaßten.

Die Verhandlungen leitet Stv. Keil (Deutschdem.). Eine Eingabe des neugegründeten Schutzverbandes für Handwerk, Gewerbe und Handel, die sich gegen Sozialisierungsbestrebungen richtet, beantragt der Vorsteher, dem Magistrat als Material zu überweisen.

Stv. Minner (Deutschdem.) widerspricht, indem er ausführt: Die Stadtgärtnerei hat eigene Verkaufsstände und eigene Blumenbinderei eingerichtet. Das liegt nicht im Interesse der Stadtgärtnerei, vermehrt aber die Schwierigkeiten, die das selbständige Gärtnergewerbe gerade in der gegenwärtigen Zeit schwer belasten. Ich lege gegen das Vorgehen der Stadtgärtnerei schärfste Verwahrung ein. Der Sozialisierungsausschuß ist der richtige Ort, um jene Eingabe gründlich durchzuberaten. — Die Versammlung beschließt demgemäß.

Zu einer Beschwerde über das Mieteinigungsamt bemerkt der Vorsteher, daß die städtischen Behörden darauf gar keinen Einfluß haben; die Beschlüsse des Mieteinigungsamtes sind endgültig und unanfechtbar. Die Beschwerde wird dem Magistrat als Material überwiesen.

Eine Beschwerde der Anwohner der Seebener Straße über die geplante Errichtung eines Kohlenschuppens weist man dem Petitionsausschuß zu.

Elternbeiräte verschiedener Schulen wünschen Maßnahmen, die eine bessere Beheizung der Schulen im Winterhalbjahr gewährleisten, damit der Schulbetrieb keine Störung erleide.

Stv. Volbracht (Mehrheitssoz.) beantragt dazu die Einsetzung einer Kommission aus sechs Stadtverordneten, die das gesamte städtische Heizungswesen prüfen soll.

Eine andere Anfrage erstreckt sich auf den Einfluß des Magistrats bei den Quäkerspeisungen, und noch eine andere betrifft die Besprengung der Straßen und Plätze, die man seit Wochen in der Bürgerschaft schwer vermisse. Die Anfragen sollen in einer späteren Sitzung zur Verhandlung kommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt der Vorsteher aus: Man hat seinerzeit als einen Vorzug der Fraktionsbildung gepriesen, daß dadurch die Besprechungen im Plenum abgekürzt würden, indem die Fraktionen nur immer einen bestimmten Redner herausstellen. In letzter Zeit ist davon nichts mehr zu merken. Ich gebe doch zu erwägen, ob wir uns nicht wieder an den vereinbarten Arbeitsplan halten wollen. (Der Erfolg dieser Mahnung war, daß in der Sitzung mehr als sonst geredet wurde und die Verhandlungen sich bis gegen 9 Uhr erstreckten. Der Ref.)

Punkt 1 behandelt die Einführung einer einheitlichen Monatskarte bei der Straßenbahn. Stv. Ritter (Deutschdem.) berichtet darüber. Die Straßenbahn rentiert nicht. Es sind von der Deputation eine Menge Vorschläge auf Betriebseinschränkungen gemacht worden, aber sie sind alle abgelehnt worden. Beschlossen ist, der Magistrat möge erneut Erwägungen anstellen, wie er den Verkehr und die Rentabilität der Straßenbahnen heben könne. Von allen Vorschlägen ist nur einer geblieben: Statt der Monatskarten zu 30 Mark für drei Teilstrecken und zu 50 Mark für alle Teilstrecken eine einheitliche Monatskarte zu 40 Mark für alle Strecken am 1. Juli einzuführen. Ich empfehle den Antrag.

Im Zusammenhang mit diesem Punkt wird noch folgende Anfrage der Unabhängigen verhandelt: Was hat den Magistrat und die Straßenbahndeputation veranlaßt, Beschlüsse zu fassen, die auf eine weitgreifende Einschränkung des städtischen Straßenbahnbetriebes hinzielen und wodurch außer einer Benachteiligung des fahrenden Publikums auch rund 70 Straßenbahnbedienstete zur Entlassung gestellt werden?

Stv. Günther (Unabh.): Der neue Tarif ist erst am 1. Mai eingeführt. Und trotzdem kommt der Magistrat schon mit Betriebseinschränkungen und Kündigungen. Aber sein Exempel ist nicht richtig: Wenn man den Betrieb einschränkt, gehen die Einnahmen noch mehr zurück. Wir sind im Gegenteil für Erweiterung des Betriebes, denn sie bringt mehr Geld. Wochenkarten müssen wir für alle Angestellten und Arbeiter, nicht bis zur Einkommensgrenze von 4000 M., sondern bis 10 000 M., einführen. Die Linie 1a dürfen wir nicht stillegen. Die Anhänger müssen besser verteilt werden. Wenn in Giebichenstein irgendwelche Veranstaltungen große Menschenmengen zusammengeführt haben, fehlen oft Anhänger.

Bürgermeister Seydel: Warum wir die Entlassung von 70 Straßenbahnern verfügt haben, erklärt sich durch

das riesige Defizit,

das immer schlimmer wird. Die Einnahmen der letzten Wochen zeigen es uns. Der Mai wies eine Steigerung der Einnahmen auf, aber im Juni sank die Durchschnittseinnahme. Nach dem alten Tarif rechneten wir 2 Millionen Mark Fehlbetrag aus, aber das [illegible] wenn wir die vom Schlichtungsausschuß provisorisch zuerkannten Löhne einsetzen, auf 2¾ Millionen Mark. Die Straßenbahn muß sich aber doch wenigstens erhalten; unser Haushaltsplan läßt keine Zuschüsse an Stelle der in normalen Zeiten zu verlangenden Ueberschüsse zu. Am morgigen Dienstag werden wir uns von dem endgültigen Haushaltsplan ein Bild machen. Das sind schwere Sorgen für den Magistrat. Die neuen Forderungen der Arbeiter machen uns großes Kopfzerbrechen. Wir sehen keinen Weg, die Fehlbeträge auszugleichen. Die Vorschläge, die hier und da gemacht sind, bringen uns keine Verbesserung der Einnahmen. Sie verstärken nur die Unsicherheit unserer Verkehrsverhältnisse. Die Vorschläge, die in der Deputation auftauchen, waren nicht annehmbar. Nur eingehende Berechnungen bieten eine Handhabe, über Streckentarife, Staffeltarife usw. sich ein genaues Bild zu machen. Den Ausbau der Beesener Straße wünschen wir auch. Aber mit den Schienen allein ist es nicht getan. Die Einbettung in das Pflaster, die Neupflasterung kostet viele Hunderttausende. Da müssen wir erst günstigere Verhältnisse abwarten. Die Einnahmen anderer Werke können wir nicht dazu verwenden, die Fehlbeträge bei der Straßenbahn zu decken. Das Elektrizitätswerk z. B. muß uns helfen, den Gesamtetat zu entlasten. Die Einschränkungen, die wir bei der Straßenbahn vornehmen wollen, sind übrigens so, daß der Verkehr nicht darunter leidet. Aber wir brauchen sie, um die Ausgaben etwas zu verringern. Anhänger können wir zum Teil aus dem Verkehr ziehen. Auch der Betriebsrat will das. Selbstverständlich werden wir den Verkehr dauernd scharf beobachten. Die Strecke nach Reideburg lassen wir nur bis Schönnewitz abfahren, damit sparen wir einen Wagen. Die Linie 2 legen wir von 10 Uhr ab still. Die Linie 4 lassen wir nur bis zum Roten Turm fahren; von 9 Uhr ab legen wir sie still, da dann von der Hettstedter Bahn aus keine Züge mehr verkehren. Der einzige tiefere Eingriff ist die Einziehung der Linie 7a. Auf dieser Strecke fahren aber eine Reihe anderer Linien, so daß Fahrgelegenheit geboten ist. Bedauerlich ist es daß wir zu Entlassungen greifen müssen, aber das Interesse der Allgemeinheit muß hier voranstehen. Ohne Entlassungen gibt's keine Ersparnisse. Wir können auf diese Weise das Defizit auf 1 350 000 M. senken. Dabei ist vorausgesetzt, daß die Lohnerhöhungen bestehen bleiben. Ueber die jetzigen Maßnahmen hinaus werden wir alle Vorschläge prüfen, die irgendwie den Verkehr bessern und die Einnahmen erhöhen können; denn wir müssen von dem Defizit herunter.

Stv. Volbracht (Mehrheitssoz.): Wir müssen uns über die Kalamität mit Verkehrsverbesserungen helfen. Wir müssen einen Innenring schaffen, wo die Fahrten am Markt enden, z. B. Riebeckplatz—Markt, Walhalla—Markt, Rannischer Platz—Markt, Hettstedter Bahnhof—Markt und nur 30 Pf. kosten. Das bringt Verkehr. Die Verlängerung durch die Beesener Straße schließt ein Zehntel der gesamten hallischen Einwohnerschaft an die Straßenbahn an. Die Pflasterung ist dort nicht nötig. Wir haben zuviel Kontrolleure. In der Zeit von 5 bis 8 Uhr nachmittags, wo die vielen Züge einlaufen, fehlen am Bahnhof Anhänger. Wenn man die Gleise dort ein wenig verlängert, kann man vier Anhänger aufstellen. Nachts müssen wir Frachtverkehr einrichten und Kartoffeln, Kohlen, Baustoffe mit der Straßenbahn befördern. Da können wir die Leute, die wir jetzt entlassen, beschäftigen.

Stv. Hildebrandt (Unabh.): Wir müssen Arbeiter-Wochenkarten zu 4 Mark für je zwei Fahrten täglich und Umsteigeberechtigung einführen. Es wird immer von den hohen Löhnen gesprochen, die das Unternehmen unrentabel machen, aber die Löhne sind gar nicht hoch. Die Leute wollen sich mit 230 Mk. wöchentlich bescheiden. Der Schlichtungsausschuß hat 199 Mark vorgesehen. Viel schlimmer als die Verteuerung der Löhne ist die Verteuerung der Materialien. Die Eisenpreise sind um das Dreißigfache gestiegen, Kohlen ähnlich. Das liegt an den Riesengewinnen der Kapitalisten, die sind schuld. (Bravo! auf der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200622016/fragment/page=0002
DFG

Galerie.) Die Kapitalisten verschleiern allerdings diese Gewinne, indem sie enorme Abschreibungen vornehmen und andere Bilanzkunststücke machen. Die Wagen unserer Straßenbahn fahren nicht in den richtigen Abständen. Manchmal muß man auf dem Markt zehn Minuten warten und dann wieder folgt Wagen auf Wagen in ganz kurzen Abständen. (Zuruf: Sehr richtig!)

Stv. Ritter (Deutschdem.): In der Deputation ist niemals von den Löhnen allein gesprochen, sondern es ist auch auf die Materialverteuerung hingewiesen. Ich empfinde es auch als eine Härte, daß jetzt infolge des Defizits die Arbeiter es büßen sollen. Wenn wir Direktoren auf Privatdienstvertrag angestellt hätten, würden sie sich den Kopf mehr zerbrechen, um Mittel zu finden, den Verkehr und die Rentabilität der Bahnen zu heben. Unsere ganze Verkehrspolitik halte ich für falsch. Wir müssen möglichst unser gesamtes Wagenmaterial auf die Strecken bringen und voll besetzt muß es sein; danach müssen wir hinstreben. Schlägt man aber in der Deputation etwas vor, dann wird gleich herausgerechnet, daß der Vorschlag verfehlt ist. Alle Reformen werden abgelehnt. Der Fahrpreis von 50 Pf. gegen früher 10 Pf. ist ja in Anbetracht des gesunkenen Geldwertes nicht zu hoch, aber wir müssen ihn durch unsere Einrichtungen erst populär machen.

Bürgermeister Seydel: Im Bahnhof können wir keine Wagen als Reserve aufstellen. Die Eisenbahn bewilligt uns keine Schienenverlängerung. Kontrolleure sind an den wichtigsten Verkehrspunkten vorhanden und sie achten darauf, daß der Fahrplan durchgehalten wird. Aber bei der Enge unserer Straßen schafft jedes Pferd, das fällt, jeder Wagen, dem eine Achse bricht, sofort ein schweres Verkehrshindernis, was den Fahrplan umstößt. Herr Volbracht rät zur Aufnahme des Frachtenverkehrs. Aber laufen Sie erst mal dafür Motorwagen. Die sind unglaublich teuer. Die Ausführungen des Herrn Ritter, als gäbe sich unsere Direktion nicht die nötige Mühe, muß ich bedauern. Gerade unser Direktor Bussebaum ist ein ungewöhnlich pflichteifriger und kenntnisreicher Beamter, der unablässig auf Verbesserungen sinnt und bei dem es gar keine Rolle spielt, ob er als Beamter oder auf Kündigung angestellt ist. Alle die Vorschläge, die hier gemacht werden, haben große Schwächen in sich. Private Bahnen leiden doch genau unter denselben Fehlbeträgen wie wir und ihre Direktoren, die auf Tantième stehen, hätten doch sicherlich schon Abhilfe ersonnen, wenn's Abhilfe gäbe.

Stv. Busse (Deutschnat.): Die Einschränkungen, die der Magistrat vornehmen will, stören den Verkehr nicht. Entlassen wird man nur die Leute, die erst kurze Zeit bei der Straßenbahn angestellt sind.

Stv. Kürbs (Unabh.) und Stv. Gräfe (Unabh.) bekämpfen die Einschränkungen des Betriebes und die Entlassung von 70 Straßenbahnern. Sie verlangen erneute Beratungen in der Deputation unter Hinzuziehung von Straßenbahnern.

Stv. Wilke (Mehrheitssoz.): Nicht bloß die Fahrgäste müssen die Kosten des Betriebes der Straßenbahn tragen, sondern auch die Anlieger, die Grundbesitzer in den betreffenden Straßen müssen zu den Kosten herangezogen werden, weil sie den Vorteil von den Straßenbahnen haben. Ebenso sind die Fabriken, z. B. in Bilschdorf, denen die Straßenbahn die notwendigen Arbeitskräfte zuführt, mit zur Unterhaltung der Bahn zahlungspflichtig zu machen.

Stv. Minner (Deutschdem.): Soviel gute und soviel schlechte Vorschläge wir zur Hebung des Verkehrs heute auch schon gehört haben, den hat noch keiner gemacht, daß wieder das Vertrauen zwischen Bürgerschaft und Straßenbahn hergestellt werden muß. Die Straßenbahner haben uns im Laufe der letzten anderthalb Jahre soviel freiwillige und unfreiwillige Feiertage auferlegt, daß die Bürgerschaft sich allmählich ans Laufen gewöhnt hat. (Heiterkeit.) Man weiß je manchmal von einem Tag zum andern nicht, ob die Bahn noch fährt, denn die Straßenbahner sind immer „Mann an der Spritze", wenn's mal zu feiern oder zu streiken oder zu protestieren gibt.

Stv. Bretschneider (b. t. Fr.): Der Einheitspreis für die Monatskarte von 40 M. ist mir nicht genehm; ich würde 30 Mark für richtiger halten. Im übrigen wundere ich mich, daß noch niemand den

Antrag auf Vollsozialisierung

der Straßenbahn gestellt hat. Wir wollen die ganze Straßenbahn den Arbeitern und Angestellten als sozialisierten Betrieb übergeben. Die Leute sollen uns unser Kapital nur ganz gering verzinsen und nur einen ganz geringen Tilgungssatz zahlen. Dann mögen sie den Gewinn untereinander teilen. (Protestrufe bei den Unabhängigen.) Auf der linken Seite des Hauses wird doch sonst die Sozialisierung immer so gepriesen. (Zuruf der Unabhängigen: Quatsch!) Ich stelle den Antrag, daß sich mit meinem Vorschlage der Sozialisierungsausschuß beschäftigt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag, eine einheitliche Monatskarte von 40 M. einzuführen, angenommen. Der Antrag Hildebrandt auf Einrichtung einer billigen Arbeiterwochenkarte mit Umsteigeberechtigung zu 4.20 M. wird dem Verkehrsausschuß überwiesen, der Antrag Bretschneider auf Vollsozialisierung dem Sozialisierungsausschuß. Dafür stimmen die Bürgerlichen, die Mehrheitssozialisten und auch der größte Teil der Unabhängigen.

Punkt 2 betrifft Einrichtung des

Eigenbetriebs in den Thaliasälen.

Wie Stv. Balke (Deutschdem.) berichtet, schlägt der Magistrat vor, die Bewirtschaftung der Thaliasäle vom 1. August dieses Jahres ab in Eigenbetrieb zu nehmen. Der bisherige Inhaber, Gastwirt Osborg, wird als Geschäftsführer nach einem Vertrage, der dem für das Bad Wittekind gleicht, angestellt. Er und seine Ehefrau erhalten zusammen 10 000 Mark Barvergütung, seine beiden im Betriebe tätigen Töchter je 3000 Mk. und 4000 Mk. bekommt er als Mietzins für sein Inventar. Der Magistrat will damit das Verfügungsrecht über die Thaliasäle erhalten, das sonst noch bis 31. März 1921 Herrn Osborg zustände. Im Thaliasaal soll viermal in der Woche das Schauspielensemble des Stadttheaters spielen, woraus sich die Theaterleitung einen erheblichen Gewinn verspricht. Der Grundeigentumsausschuß beantragt, Herrn Osborg nur bis zum 31. März 1921 anzustellen.

Stadtbaurat Jost äußert dagegen Bedenken. An dieser Bestimmung werde wohl das ganze Abkommen scheitern.

Stv. Sünderhauf (Deutschdem.) bekämpft den Eigenbetrieb. Die Stadt werde auch mit dem Eigenbetrieb von Wittekind und dem Zoo keine Geschäfte machen. Statt bisher 20 000 Mk. Pacht werde sie 20 000 Mk. Zuschuß leisten müssen. Die jungen Kollegen im Gastwirtsgewerbe verlieren in Halle durch die städtischen Eigenbetriebe die Möglichkeit, sich selbständig zu machen. Richtiger sei Ausschreibung.

Stadtbaurat Jost: Ich kann schon jetzt sagen, daß der Gewinn, den wir aus Wittekind ziehen werden, bestimmt keinen Rückgang gegenüber der früheren Pacht bringen wird. Hinsichtlich der Thaliasäle ist es aber für uns ein großer Vorteil, wenn wir dort mit den Theatervorstellungen beginnen können, die erheblichen Gewinn versprechen.

Stv. Herold (Deutschnat.) spricht im gleichen Sinne.

Der Eigenbetrieb wird gegen ganz wenige Stimmen angenommen.

Die Punkte 3 und 4 fallen aus.

5. Im städtischen Museum der Moritzburg sollen Bauarbeiten im Betrage von 14 000 Mark ausgeführt werden. Die Versammlung stimmt zu. Referenten Stvv. Rödiger und Busse (Deutschn.).

Der Vorsteher bittet um die Genehmigung,

an die Stadt Flensburg

aus Anlaß ihrer Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande folgendes Telegramm senden zu dürfen:

„Die Stadtverordneten von Halle senden der Städt Flensburg herzliche Glückwünsche zur Befreiung von der Fremdherrschaft."

Die Versammlung stimmt zu.

Schließlich wird noch der Bericht des Untersuchungsausschusses in Sachen der Beamten, die sich in den Kapptagen der Unterstützung der Kapptregierung verdächtig gemacht haben, an der Spitze

Oberbürgermeister Dr. Rive

entgegengenommen. Die Angelegenheit gibt Anlaß zu außerordentlich umfangreichen Debatten. Der Ausschuß bringt folgenden Antrag:

Die Untersuchungskommission kann am Ende ihrer Tätigkeit hinsichtlich der gegen Oberbürgermeister Rive und eine Anzahl städtischer Beamten (Polizeidirektor Könemann, Polizeikommissare Mietke und Unger, Wachtmeister Thein, Heimbürger, Struck, Schnorrbusch usw.) wegen ihrer Haltung in den Märztagen vorliegenden Anklagematerials folgendes als Ergebnis feststellen: Die Kommission war bei der Herbeischaffung des Materials mit ihrem Wirken in mehrfacher Hinsicht behindert, so war für z. B. eine beabsichtigte Vernehmung von städtischen Polizeibeamten und anderen Beamten nicht möglich, weil die dazu notwendige Genehmigung durch die dafür zuständige Behörde nicht zu erlangen war. Auf Grund der gemachten tatsächlichen Feststellungen kommt die Kommission zu dem Schluß, daß die Einleitung des Disziplinarverfahrens unerläßlich ist. Sie empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen alle beteiligten Beamten zu beantragen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Dafür stimmen die beiden sozialistischen Parteien.

Wir kommen im Abendblatt darauf zurück.

Auflauf. Gestern, Sonntag abend, entstanden vor dem Walhallatheater zwischen mehreren Personen Streitigkeiten, die eine größere Ansammlung von Personen verursachten. Durch das Einschreiten von Polizeibeamten wurde der Streit geschlichtet.

Durch Kurzschluß entstand in einem Grundstück in der Langestraße ein Kellerbrand. Beim Eintreffen der Feuerwehr an der Brandstelle hatten Hausbewohner die Gefahr bereits beseitigt.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Trockenei (4. Sonderverteilung) in der Talamtschule am Dienstag, den 22. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 9001 bis 13 500 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 13 501 bis 18 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushalts werden 50 Gramm zum Preise von 4 Mk abgegeben. 50 Gramm Trockenei entsprechen der Güte von 5 Eiern. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Kerzen in der Talamtschule am Dienstag, den 22 Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1 bis 18 000 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 18 001 bis 37 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jeden Haushalt drei Kerzen zum Preise von 4 Mk. für drei Stück abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von weißen Bohnen mit Fett in der Talamtschule am Dienstag, den 22. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 18 001 bis 27 500 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 27 501 bis 37 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Es werden an jede Person eines Haushalts zwei Dosen zum Preise von 2 Mk. für die Dose abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Eine Erklärung des sächsischen Ministerpräsidenten.

N. Dresden, 21. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) **Der sächsische Ministerpräsident Buck gab heute in der Volkskammer folgende Erklärung ab: In der am 10. Juni 1920 abgehaltenen Sitzung des Aeltestenausschusses der Volkskammer und der Regierung ist nach eingehender Aussprache über die durch den Ausfall der Reichstagswahlen geschaffenen politischen Lage für Sachsen von den Ausschußmitgliedern aller Parteien der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß Regierung und Volkskammer die Staats- und Verwaltungsgeschäfte bis zum Zusammentritt des neu zu bildenden Landtages weiterführen sollen. Zu den dringendsten Arbeiten gehören die Beratung und Verabschiedung des Etats, des Entwurfes der Verfassung und des Landtagwahlgesetzes, sowie des Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz. Die Landtagswahlen sollen nach der Verabschiedung des Wahlgesetzentwurfes unverzüglich vorbereitet und im Herbst vorgenommen werden. Die Regierung hat sich auf Grund der gepflogenen Aussprache in einer gemeinsamen Sitzung bereit erklärt, die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neuen Landtages fortzuführen. Zur sachgemäßen Erledigung der Regierungstätigkeit bis zu diesem Zeitpunkt wird die öffentliche Einverständniserklärung der Volkskammer von der Regierung für geboten erachtet. Die Regierung bittet daher den Herrn Präsidenten der Volkskammer, diese Erklärung herbeiführen zu wollen. Darauf erklärte der deutschnationale Abgeordnete Hofman, daß die Deutschnationale Volkspartei mitarbeiten und die volle Verantwortung mittragen werde, wenn nicht neue Steuergesetze geschaffen würden. Die Erklärung der Unabhängigen lautete ablehnend. Hierauf wurde eine Entschließung eingebracht, die Regierungserklärung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Die Erklärung wurde mit allen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.**

Das Programm der Reichstagssitzung.

Berlin, 21. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) **Der Reichstag wird, nachdem er Donnerstag zusammengetreten ist und die Wahl des Präsidiums vorgenommen hat, höchstens noch am Freitag eine Sitzung abhalten, sich dann bis Dienstag nächster Woche vertagen und an diesem Tage in die große Aussprache eintreten. Die neue Regierung wird sich dann dem Reichstage vorstellen. Die Demokraten rechnen darauf, wie von berufener demokratischer Seite mitgeteilt wird, daß die Sozialdemokraten der auf dieser Grundlage geschaffenen neuen Regierung ihr Vertrauen nicht versagen werden.**

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei.

WTB. Berlin, 21. Juni. Wie aus dem Reichstage gemeldet wird, erklärten sämtliche im Reichstage anwesenden Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die Notiz der „Montagspost" über die neue Formulierung der Stellung der Deutschen Volkspartei zur Regierungsbildung für unwahr. Die Fraktionsmitglieder haben ausdrücklich abgelehnt, eine Erklärung zu billigen, die an der grundsätzlichen Stellungnahme der Partei etwas ändert. Dagegen habe sie einer Erklärung zugestimmt, die besagt, daß angesichts der Zusammenfassung aller Kräfte für den Wiederaufbau verfassungsrechtliche Kämpfe zurücktreten müßten und infolgedessen der Wiederaufbau auf dem Boden der durch Gesetz festgelegten Verfassung sich vollziehen solle.

Die Folkestoner Forderung und der deutsche Vorschlag

Berlin, 21. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Meldung des „Echo de Paris", daß man sich in Folkestone über die von Deutschland zu zahlende Summe von 105 Goldmilliarden zahlbar in Gold einschließlich Zinsen und zwar für die Dauer von 35 Jahren geeinigt habe, erfahren wir von zuverlässiger Quelle, daß die führenden Politiker und Finanziers Deutschlands diese Summe für Deutschland absolut undiskutabel erklärten. Von berufener Seite wird uns mitgeteilt, daß eine der ersten Sitzungen der neuen Regierung sich mit dieser Forderung beschäftigen werde und daß man in allen führenden politischen Kreisen die Ansicht der alten Regierung teile, die auch die der neuen sein wird, nach Spa mit dem Vorschlage von 75 bis 80 Milliarden zu kommen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß von der Entente festgesetzten Summe wenigstens 25 Milliarden für die bereits geleisteten Beträge und Materialien abzusetzen sind. Man ist sich in den führenden Kreisen vollständig darüber klar, daß man von der in Spa vorzuschlagenden Summe von 75 bis 80 Milliarden nicht abgehen könne und dürfe.

Französische Verheimlichungstheorie.

N. Mainz, 21. Juni. (Eig. Drahtnachricht.) Gestern verfügte die französische Militärbehörde, daß Meldungen über die Freudenkundgebungen der Deutschen in Flensburg anläßlich des Niederholens der alliierten Fahnen oder Aufziehen der deutschen Fahnen verboten sind. Die Meldungen über den Ludwigshafener Streik dürfen überhaupt nicht gebracht werden. Die Französische Militärbehörde behält sich vor, ihre eigenen Nachrichten zu verbreiten. Wie diese aussehen werden, kann man sich denken. Im Stadtbild selbst ist auch eine erhöhte Nervosität festzustellen. Seit 2 Tagen durchziehen Patrouillen die Stadt. Der Verkehr aus dem unbesetzten ins besetzte Gebiet wird auf der Strecke Mainz—Frankfurt stark überwacht. An allen Bahnsperren sind starke Kontrollen eingerichtet.

WTB. Frankfurt a. M., 21. Juni. (Drahtnachricht.) Die Frankfurter Zeitung meldet aus Ludwigshafen: Seit Sonnabend sind hier die Frankfurter Zeitung und sämtliche Mannheimer Zeitungen von den Franzosen verboten. Die zum Verkauf aufliegenden Zeitungen wurden beschlagnahmt.

Abtransport der schwarzen Franzosen aus dem Saargebiet.

N. Saarbrücken, 21. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die erwartete Truppenverschiebung im Saargebiet ist im Gange. Die afrikanischen Jägerbataillone haben das Saarland verlassen, um nach dem Orient, teilweise auch nach der Riviera abtransportiert zu werden. Gleichzeitig erfolgt die Ablösung der seit langem im Saargebiet stationierten 127. französischen Infanteriedivision. In Saarbrücken ist nur eine schwache Abteilung farbiger Tirailleure zurückgeblieben. Mitte Juli erhält das Saargebiet eine aus Franzosen bestehende Truppenbesatzung des regulären Militärs.

Eine irrtümliche Meldung.

N. Düsseldorf, 21. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Nachricht vom Ausbruch von Unruhen in Elberfeld ist völlig unwahr. Die Eisenbahner sind nicht in den Streik getreten.

Todesurteil.

WTB. Danzig, 21. Juni. (Drahtnachricht.) Das Schwurgericht verurteilte ein Geschwisterpaar Pfudrowski aus Danzig wegen Raubmordes zweimal zum Tode. Die beiden hatten einen Danziger Bankbeamten und seine Braut in ihre Wohnung gelockt und beide dort ermordet und beraubt.

Italiens Forderung.

Paris, 20. Juni. Havas bestätigt in einer Londoner Meldung, daß Graf Sforza erklärt hätte, Italien verlange 20 Prozent der von Deutschland zu zahlenden Gesamtentschädigungssumme.

Sport der „Saale-Zeitung".

Fußball in Halle.

Zwei verlorene Städtespiele, die Liga 2:4, die Erstklassigen 2:3, Sportverein 98 schlägt Wacker 3:2 (1:1), V. f. L. Merseburg verliert gegen L. V. C. 0:2 (0:1). Favorit muß gegen dieselbe Mannschaft schon am Sonnabend mit 0:3 den kürzeren ziehen.

Halle hat eben gegen Leipzig in den Städtespielen kein Glück mehr. Und so gingen denn die beiden Spiele knapp verloren. Wenn man allerdings als Ligaspiel gesehen hat, so muß man zugeben, daß die Niederlage voll und ganz verdient war. Was unsere Mannschaft leistete, spottete manchmal jeder Beschreibung. Es ist scheinbar nicht möglich die vier Spieler, die in Hannover mitspielen mußten, zu ersetzen. Dann die Ersatzleute versagten nicht nur, sondern rissen auch noch die übrige Mannschaft in den Strudel des Versagens mit hinein. Vor allem erscheint es uns unverständlich, daß man Tbinius spielen ließ. Nachdem er schon am Sonnabend in seiner Vereinsmannschaft so ziemlich versagt hatte, war es doch eigentlich klar, daß er gestern dasselbe tun mußte. Auch Riemann, ein doch sonst zuverlässiger Spieler fiel nach der Pause ab. Es ist eben zu viel bei solcher Temperatur, zwei Tage hintereinander zuspielen. Gefallen konnte eigentlich nur die Hintermannschaft, die so manchen gefährlichen Angriff der Gäste zerstörte. Die Leipziger Mannschaft wußte in ihrer Gesamtheit zu gefallen. Die Elf verstand sich sehr gut und führte ein schönes Kombinationsspiel vor. Am Sturme war Kiesling die treibende Kraft, der auch zwei Tore auf sein Konto brachte. In der Läuferreihe war Rölle der beste. Die Hintermannschaft war ebenfalls recht auf dem Posten. Der Schlußrichter, Herr Schluricke Magdeburg, war durchaus nicht auf der Höhe. Seine Entscheidungen kamen manchmal recht zögernd und erst nach Zuruf. Auch die dritte Torentscheidung, es war ein glattes Abseitstor, und der Elfmeter bereiten ihm durchaus keine Ehre.

Halle hatte Wahl und spielte sonderbarer Weise zuerst gegen Wind und Sonne. Leipzig übernahm sofort das Kommando und erzielte bereits in der vierten Minute den ersten Schball. Aber dieser sowie die nachfolgenden verliefen resultatlos. Dasselbe Schicksal hatten einige Eckbälle der Einheimischen. Nachdem auch einmal Rölle dem Tore der Gäste einen Schuß abgeschickt hatte,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200622016/fragment/page=0003

brachte den Leipzigern in der 18=Minute ein schneller Durchbruch durch Kießling das erste Tor. Leipzig blieb jetzt weiter im Angriff und bald stellte Kunztsche durch einen unhaltbaren Schuß das Resultat auf 2:0. Wenige Minuten vor dem Wechsel mußte Hankel wegen eines unglücklichen Zusammenpralls das Spielfeld verlassen. Nach der Pause hatte Halle zunächst nur 10 Mann auf dem Felde. Leipzig war daher die angreifende Partei und erzielte auch durch Kießling, allerdings aus glatter Abseitsstellung, das dritte Tor. Erst als Huth wieder eintrat, gelang es Rößler für Halle den ersten Erfolg zu erzielen. Die Läuferreihe Halles wurde jetzt immer schlechter, kein Wunder also, wenn Leipzig immer mehr aufkam. Daß die Gäste schließlich nur noch einen Elfmeter erzielen konnten, stellt der hallischen Hintermannschaft ein gutes Zeugnis aus. Auch die Einheimischen statteten vorübergehend den Leipzigern wieder einmal einen Besuch ab, erwiesen sich aber vor dem Tore geradezu hilflos. Erst eine Minute vor Schluß konnte Rößler ein zweites Tor für Halle herausholen.

Die Erstklassigen, die schon am Sonnabend in Leipzig spielten, zogen sich ziemlich glimpflich aus der Affaire. Trotz der zahlreichen Ersatzleute verloren sie nach gleichwertigem Spiele unverdient 2:3. Bei Halbzeit führte Halle 1:0.

Um noch die wenigen Spieltage vor dem sechswöchigen Spielverbote auszunutzen, hatten Wacker und der Sportverein 98 zum Sonnabend ein Spiel auf dem neuen Sportvereinsplatz vereinbart. Trotz der wenig günstigen Verkehrsverhältnisse hatten sich doch an die 1500 Zuschauer eingefunden, die wohl recht enttäuscht den Platz verlassen haben werden. Beide Mannschaften leisteten nicht das, was man von ihnen erwartet hatte. Wacker versuchte einige neue Leute. So spielte erstmalig Donath und Schiemann, früher Preußen in der Wackerelf, Giersch spielte dafür linksaußen, Schuhmann Mittelstürmer und der alte Mehling wieder Verteidiger. Diese Aufstellung bewährte sich nicht besonders. Schuhmann war als Stürmer viel zu langsam und Schiemann zeigte, daß er doch noch nicht für die Ligaklasse reif ist. Das zweite Tor, welches er passieren ließ, war eine reine „Glanzleistung". Sportverein spielte mit Ersatz für Gäbelein und Bobbe. Letzterer wurde durch Grauert voll und ganz ersetzt. Weniger gefallen konnte allerdings Boest als Rechtsaußen. Auch Thinius als Mittelläufer war auffallend schwach. Mit einem Höllentempo begann das Spiel. Nach einer anfänglichen leichten Ueberlegenheit Wackers übernahm allmählich der Sportverein das Kommando. Aber der Sturm spielte viel zu aufgeregt, so daß verschiedene günstige Gelegenheiten unausgenutzt gelassen wurden. Ein schneller Durchbruch Wackers in der 30 Minute brachte durch Schuhmann das erste Tor, aber zwei Minuten später stellte Grauert durch schönen Schuß den Ausgleich wieder her. So ging es in die Pause. Jetzt drehte aber Wacker auf. 98 mußte tüchtig arbeiten, um Erfolge zu verhindern, doch konnte Rackwitz durch einen schönen Schuß abermals seinem Verein die Führung geben. Jetzt flaute das Spiel recht ab. Es wurde mehr Wert auf Bolzen gelegt als auf schönes Zusammenspiel. Erst als 98 den Ausgleich erzielt hatte, Schiemann trat über den Ball und ließ ihn dann langsam ins Tor rollen, wurde die Mannschaft besser und lag etwas im Angriff. Besonders die linke Seite arbeitete sehr gut. Wenige Minuten vor Schluß erzielte Rößler durch einen scharfen, aber immerhin haltbaren Schuß den Sieg.

Eine empfindliche Niederlage holte sich Favorit. Die Mannschaft verlor am Sonnabend gegen den Leipziger Ballspielclub in Leipzig 0:3.

Sonst gab es im Saalekreis nur noch ein Spiel und zwar in Merseburg zwischen dem dortigen V. f. L. und dem Leipziger Ballspielclub, das Merseburg mit 0:2 verlor. Leipzig zeigte ein schönes Spiel Vor allem in Kombination waren sie den Merseburgern sichtlich über. Von V. f. L. war vor allem die Verteidigung recht auf dem Posten, so daß Leipzig nur zwei Treffer anbringen konnte.

Die Erstlings= und Jugendwettkämpfe im Saalegau.

Den Auftakt zu den nächstsonntäglichen leichtathletischen Gauwettkämpfen bildeten die gestrigen Erstlings und Jugendwettkämpfe. Leider war die Beteiligung recht schwach, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß in den unteren Mannschaften eine Reihe Verbandsspiele angesetzt waren und so die Spieler verhindert waren. Den größten Teil der Sieger stellte die neugegründete Leichtathletikabteilung der Rudergesellschaft von 1874.

Die einzelnen Ergebnisse waren folgende: Erstlinge: 100 Meter Laufen 1. Hagenow (H. R. G. v. 1874) 12 Sek., 2. Wipper (96), 3. Dahms (Favorit). 3000 Meter Laufen 1. Lieder (H. R. G v. 1874) 10 Min 47,5 Sek., 2. Brauer (Hoh. Mers.) 3. Kramer (96). Kugelstoßen: 1. Becker (V. f. L. Mers.) 9,44 Meter, 2. Proft (Olympia) 9,15, 3. Petzsch (H. R. G. v. 1874) 8,86. Weitsprung 1. Proft (Olympia) 5,40, 2 .Cramer (Gieb. T. V.) 5,27, 3. Harnisch (V. f. L. Mers.) 5,12. Anfänger: 100 Meter Laufen 1. Haase (H. R. v. 1874) 11,9 Sek., 2. Grahmann (Hoh. Mers.), 3. Bürger (H. R. G. v. 1874). 1500 Meter laufen: 1 Nottig (K. T. V.) 4 Min. 59,9 Sek., 2. Schröder (Fav.), 3. Ritzau (Olympia). Speerwerfen: 1 Becker (V. f. L. Mers.) 29,66 Meter, 2. Bürger (H. R. G. v. 1874) 29,28, 3. Herdel (Olympia) 29,10. Hochsprung 1. Proft (Olympia) 1,55 frei (nicht ausgesprungen), 2. Friedrich (K. T. V.) 1,50, 3. Grahmann (Hoh. Mers.) 1,45, 4. Otz (Olympia) 1,45 (durchs Los entschieden). Schwedenstaffel 1. H. R. G. v. 1874 in 2 Min. 20,1 Sek., 2. K. T. V. in 2,22 Min., 3. Hoh. Mers.

*

Bei den nationalen Wettkämpfen des Sportclub Erfurt belegte die 3000=Meter=Staffel des Ballspielverein Hohenzollern Merseburg den zweiten Platz hinter dem Berliner Sportclub. Auch im 800=Meter=Jugendlaufen konnte sich der Merseburger Vollrath als Zweiter placieren.

Hall. Tennisklub — Tennis=Ges. Dessau.

Das Wettspiel des Tennisklubs zu Halle gegen die Tennis=Gesellschaft Dessau auf den Plätzen des Klubs auf der Peißnitz brachte dem hallischen Klub einen vollen Erfolg, da er die Dessauer Gäste mit 18 : 3 Matches, 38 : 10 Sätzen und 271 : 168 Spielen schlagen konnte. Wenn auch die Spielstärke der Dessauer durch das Fehlen einiger starker Spieler und Spielerinnen beeinträchtigt war, so zeigten doch die Hallenser Damen und Herren fast durchweg eine recht erhebliche Ueberlegenheit.

50 Jahre Totalisator in Deutschland.

Im diesjährigen Hamburger Derbymeeting feiert der deutsche Totalisator sein 50jähriges Jubiläum. In der ersten Zeit des deutschen Rennsports war diese Einrichtung hier noch unbekannt. Erst im Jahre 1870 stellte Hamburg=Horn nach französischen Vorbildern die erste Wettmaschine auf, eine Einrichtung, die sich dann langsam über alle deutschen Rennbahnen verbreitete.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Deutsche Kaliwerke Bernterode.

Nach dem Geschäftsbericht der Akt.=Ges. Deutsche Kaliwerke zu Bernterode zeigt der Rohgewinn eine Steigerung auf 54 459 741 (6 688 894) M., und der Ueberschuß stieg auf 44 524 401 (4 588 600) Mark, wovon als Rückstellung zur Deckung des aus dem Schweizer Schuldscheindarlehen erwachsenen Kursrisikos und zu Steuern 30 Millionen Mark verwendet werden sollen. Außerdem werden 25 (7) Prozent Dividende vorgeschlagen. Durch den Verlust des Elsaß hat die Beteiligung am Kaliabsatz eine erhebliche Einbuße erlitten (94 761 64 dz). Die Verwaltung hofft, daß bezüglich der Entschädigung aus der Abgabe ihres Elsaßbesitzes bald eine befriedigende Erledigung stattfinden wird. Der Rechenschaftsbericht führt ferner u. a. aus: Wenn die Kaliindustrie trotz ungünstiger Umstände günstige Abschlüsse vorlegen kann, so verdankt sie dies ausschließlich dem Umstande, daß in den letzten drei Monaten des Berichtsjahres der Absatz an das Ausland in größerem Umfange wieder aufgenommen werden konnte, und dem Zufall, daß am Jahresschlusse große Mengen Kalisalze unterwegs waren, deren endgültige Verrechnung erst in der Zeit eines unvorhergesehenen außerordentlichen Rückganges der Markwährung erfolgte. Inzwischen sind die Selbstkosten ganz erheblich weiter gestiegen, ohne daß eine Erhöhung der Preise im Inlande und im Auslande erfolgt wäre. Andererseits sind die ausländischen Valuten wieder stark gefallen. Die verlustbringenden Preise, zu denen der deutschen Landwirtschaft Kali geliefert wird, können nur aufrecht erhalten werden, wenn der Außenhandel sich befriedigend entwickelt. Leider ist ein größeres Abkommen mit Amerika bislang nicht zustande gekommen.

Vom Zuckermarkt.

Nh. An den deutschen Rohzuckermärkten bewegte sich der Verkehr während der Berichtwoche in engen Grenzen. Die alte Ware ist so gut wie ausverkauft, und in neuer Ware dürfen keine Vorabschlüsse stattfinden, wie es früher stets gerade um diese Zeit der Fall gewesen war. Der Ausfall der Reichstagswahl hat die Zuckermärkte direkt nicht berührt, aber doch hinsichtlich der nächsten Zukunft die Frage auftauchen lassen, wie sich die Mehrheit des Reichstages zu den noch zu lösenden Fragen stellen wird, die die Zuckerindustrie aufs engste berühren und zu denen vor allem die Frage des beschleunigten Aufgebens der Zwangsbewirtschaftung des Zuckers gehört. Man darf wohl die Hoffnung hegen, daß hierin bald etwas geschieht. Ein weiteres Festhalten an der Zwangswirtschaft muß auch eine weitere Zuckerknappheit bringen, trotz aller Preiserhöhungen. Es sei daran erinnert, daß der Rohzuckerpreis vor Kriegsausbruch 9—9¼ Mark für den Zentner betrug. Für das kommende Betriebsjahr haben 150 Mark für den Zentner festgesetzt werden müssen, um den Rübenanbau nur auf der vorjährigen unzulänglichen Höhe erhalten zu können, und heute muß das Zugeständnis einer weiteren starken Preiserhöhung gemacht werden, die mindestens einen Rohzuckerpreis von 250 Mk. für den Zentner bringen dürfte. Ohne Einführung der Zwangswirtschaft, die hauptsächlich die Erzeugung herabgedrückt hat, wären niemals auch nur entfernt solche Preise in Erscheinung getreten.

Am Raffinademarkte war der Verkehr ziemlich lebhaft. Seitens des Raffinadegroßhandels wurden den Raffinerien im Auftrage von Gemeindeverwaltungen die Bezugsscheine für Juli zur Einlösung vorgelegt, woraus sich zum Teil sehr umfangreiche Geschäfte ergaben. Die Zucker verarbeitenden Gewerbe waren weiter auf Auslandszucker angewiesen. Die Ablieferungen gingen flott vonstatten.

Die Entwicklung der Zuckerrüben hat sich unter dem günstigen Einfluß der Witterung weiter in durchaus befriedigender Weise vollzogen. Die demnächst beginnenden Rübenuntersuchungen dürften guten Stand sowohl hinsichtlich des Gewichts als auch des Zuckergehalts der Rüben feststellen.

Preisfestsetzung für Zahnstangenwinden.

Wie der Eisen= und Stahlwaren=Industriebund in Elberfeld uns mitteilt, hat der Windenverband zu Hagen i. Westf. für die Berechnung von Zahnstangenwinden folgende Preisfestsetzungen getroffen: Die Inlandspreise bleiben bestehen und gelten auch für die Exporteure. Für Händler und Exporteure sind gewisse Vergünstigungen vorgesehen. Das Ausland zahlt 500 Prozent auf die Listenpreise, abzügl. 15 Prozent, abzügl. 5 Prozent ohne Rückvergütung.

Börsenbericht.

Berlin, 21. Juni. Die Börse verhielt sich weiter abwartend. Das Geschäft bewegte sich in sehr engen Grenzen. Bei Hütten war ein fester Grundton infolge fehlenden Angebots vorherrschend, namentlich Rheinisch=Westfälische Montanwerke stellten sich meist etwas höher, während oberschlesische abgeschwächt waren. Bismarckhütte stellte sich sogar um 7 Prozent niedriger. Valutapapiere insbesondere Kolonialwerte neigten zum Rückgang infolge weiterer Ermäßigung der Devisenkurse. Eine Ausnahme macht jedoch 4½proz. mexikanische Anleihe, die 12 Prozent stiegen auf Gerüchte von Wiederaufnahme der Zinszahlungen. Im späteren Verlauf schwankten die Kurse in mäßigen Grenzen. Farbwerte konnten anfänglich kleinere Besserungen nicht aufrecht erhalten. Kaliwerte litten unter Realisierung. Rege Kauflust bestand für Südphosphataktien zu einem etwa 100proz. höheren Kurse. Am Anlagemarkt trat keine besondere Aenderung ein.

Devisenkurse.

Berlin, 21. Juni

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam-Rotterdam	1353,60	1356,40	1378,60	1381,40
Brüssel=Antwerpen	313,65	314,35	317,15	317,85
Christiania	654,30	655,70	674,30	675,70
Kopenhagen	634,35	635,65	641,85	643,15
Stockholm	824,15	825,85	841,65	843,35
Helsingfors	173,80	174,20	179,80	180,20
Italien	227,25	227,75	229,75	230,25
London	149,10	149,40	152,67	153,07
New York	37,20	37,30	38,57½	38,67½
Paris	299,70	300,30	305,20	305,80
Schweiz	681,80	683,20	699,30	770,00
Spanien	616,85	618,15	639,35	640,65
Wien (altes)	—	—	—	—
(Deutsch=Oest. abgest.)	26,34	26,40	26,59½	26,65½
Prag	85,52	55,72	85,65	85,85
Budapest	22,09½	22,15½	21,97	22,03
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbörse.

Berlin, 21. Juni. Am Produktenmarkt waren die Preisänderungen bei ruhigem Geschäft meist nur gering. Für Hafer lehnten es die Käufer ab, höhere Preise zu bewilligen. Für Erbsen zeigte sich in guter Ware Kauflust. Von neuen inländischen Rüben waren heute erste Muster von schwerer Qualität am Markte. Heu und Stroh waren wenig verändert.

Berlin, 21. Juni. Amtliche Notizen. Preis für 1000 Kg. in Mark: Inländ. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestation —, ab Schlesien 2240—2270, ab Pommern 2300. Tendenz schwächer.

Das Bankhaus Hardy & Co. G. m. b. H. in Berlin erzielte im Jahre 1919 einen Ueberschuß von 3,23 Mill. Mark (i. V. 1,58 Mill. Mark). Das Gesellschaftskapital ist von 15 auf 30 Mill. Mark erhöht worden. In der Bilanz werden Kasse usw. mit 25,37 (9,5) Mill. Mark, Bankguthaben mit 61,09 (3,74) Mill. Mark, Beteiligungen mit 2,1 (1,93) Mill. Mark, Debitoren mit 104,6 (35,6) Mill. Mark und Kreditoren mit 221,4 (68,4) Mill. Mark ausgewiesen.

Schwarzburgische Landesbank in Sondershausen. Das Institut erzielte im Jahre 1920 einschl. 51 000 (40 000) Mk. Vortrag einen Bruttogewinn von 2,02 (1,44) Mill. Mk., dagegen erforderten Geschäftsunkosten 719 000 (430 000) Mk., Depositenzinsen 1,03 (0,81) Mill. Mk. und Abschreibungen 10 000 (9000) Mk. Aus dem verbleibenden Reingewinn von 258 000 (193 000) Mk. wird eine Dividende von wieder 6 Prozent in Vorschlag gebracht, während dem Reservefonds 10 000 (7000) Mark überwiesen, 30 000 (0) Mk. als außerordentliche Abschreibung auf Mobilienkonto verwandt und 54 000 Mk. neu vorgetragen werden. Der Gesamtumsatz auf der einen Seite des Hauptbuches stellte sich auf 1656 (1729) Mill. Mark.

Herabsetzung der oberschlesischen Eisenpreise. Wie man hört, fand in Gleiwitz unlängst eine Sitzung der Oberschlesischen Stahlwerksgesellschaft statt, in der beschlossen wurde, sämtliche Eisenpreise auf die Notierungen des Eisenwirtschaftsbundes herabzusetzen. Ein Anschluß an den Eisenwirtschaftsbund konnte nicht erfolgen, weil die staatsrechtlichen Verhältnisse, die mit der Besetzung Oberschlesiens zusammenhängen, dies nicht zulassen.

Felten & Guilleaume A.=G. Der Vorstand schlägt 15 Prozent Dividende gegen 10 Prozent im Vorjahr vor.

Dessauer Straßenbahn. Für das Geschäftsjahr 1919 gelangt eine Dividende von wieder 5 Prozent zur Verteilung.

Aus der Kaliindustrie. Die Gewerkschaft Rössing=Barnten verzeichnet für 1919 bei 3,63 (i. V. 2,63) Mill. Mark Zubußekapital Außenstände von 3,42 (2,47) Mill. Mk.; die Rössing=Barnten G. m. b. H. weist gleichhohe Verpflichtungen gegenüber der Gewerkschaft aus. Die G. m. b. H. schließt nach 280 822 Mark Abschreibungen mit einer Verminderung des Verlustes von 668 027 auf 19 138 Mark ab. — Die Gewerkschaft Fürstenhall schreibt für 1919 auf Wertpapiere, Debitoren und Anlagen 307 671 (216 084) Mark ab und verrechnet danach einen Verlust von 338 296 (34 474) Mark, so daß der Gesamtfehlbetrag auf 1 535 806 Mark wächst. — Die Gewerkschaft Siegfried=Giesen hatte 1919 auf Wertpapiere und Anlagen 249 002 (199 979) Mark, ferner für Versatz=, Aus= und Vorrichtungsarbeiten usw. 1 (1,30) Mill. Mark abzuschreiben. Es ergibt sich nach Deckung des Verlustvortrages von 252 026 Mark ein Ueberschuß von 2 563 935 Mark, woraus bereits eine Ausbeute von 1 Mill. Mark bezahlt ist. Die weitere Verwendung wird noch nicht mitgeteilt (i. V. wurden 500 000 Mark an die Gewerken zurückgezahlt). Die Bankschulden sind von 96 366 auf 1,15 Mill. Mark erhöht.

Die Concordia A.=G. in Oberhausen, welche seit 1919 für Rechnung der Rombacher Hüttenwerke arbeitet, erzielte im abgelaufenen Jahre einen Gewinn aus dem Vertrage mit Rombach von 4 301 424 (i. V. 4 029 364) Mark. Aus dem Reingewinn von 2 395 000 (2 292 500) Mark gelangt die den Aktionären von Rombach zugesicherte Dividende von 22 (21) Prozent zur Auszahlung. Wie bekannt haben nach Ablauf des Geschäftsjahres die Rombacher Hüttenwerke von dem ihnen in dem Verwaltungsvertrage vom 22. April 1914 eingeräumten Rechte der Uebernahme des gesamten Vermögens der Concordia Gebrauch gemacht.

Die neue photographische Gesellschaft in Berlin=Steglitz bleibt wieder dividendenlos. Nach Tilgung der Unterbilanz aus 1918 von 172 116 Mark verbleibt ein Reingewinn von 6620 Mark, der zu Rückstellungen und zum Neuvortrag verwendet wird.

Aufhebung des Ausverkaufsverbotes bei Textilwaren? In den Kreisen der Textildetaillisten wird zurzeit sehr lebhaft die Frage erörtert, ob nicht eine Aufhebung des besonderen Ausverkaufsverbotes für Textilwaren am Platze sei, um Preisherabsetzungen seitens der Textilgeschäfte zu erleichtern. Der Verband Deutscher Wäschegeschäfte hat sich jedoch, wie die „Textil=Woche" erfährt, gegen eine Aufhebung des Ausverkaufsverbotes erklärt und sich auch gegen ausverkaufsähnliche Anpreisungen ausgesprochen.

Berliner Börse

vom 21. Juni 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch. Schatzsch VI—IX	75,10
5% Dtsch. Reichsanl.	79,75
4% " "	73,80
3½% " "	66,10
3% " "	64,50
4% Preuß. Konsols.	72,50
3½% " "	61,60
3% " "	57,75
4% Charl. Stadtanl. 89/99	—
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbf.	—
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf.	100,00
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbf. 1911	99,50
4½% Dess. Gas Oblig.	—
4% Dessauer Gas Obl.	102,50
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	25,50
4% Ungar. Goldrente	59,00
4% Ungar. Kronenrente	28,20
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	78,00
Halle-Hettstedter	—
Schantungbahn	623,00
Allg. Lokal-Str.	108,00
Gr. Berl. Str.	136,75
Magdeburger Str.-B.	152,00
Prinz-Heinrich-B.	—
Orientbahn	183,75
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	188,75
Hambg. Südamerika	244,00
Hansa-Dampfschiff.	316,50
Nordd. Lloyd	180,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	157,50
Berl. Handelsges.	215,50
Commerz-Diskontobank	167,00
Darmstädter Bank	158,00
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	278,00
Diskonto-Comm.	209,25
Dresdner Bank	179,00
Leipzig. Credit-Anst.	163,50
Mitteld. Kreditbank	170,50
Mitteld. Privatbank	—
Nationalbank	146,00
Oesterr. Kredit	99,25
Reichsbank	141,50
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	252,00
Akt. f. Anilin	334,75
Allgem. Elektr. Ges.	245,75
Ammendorfer Papierfabrik	569,00
Anhalter Kohlenw.	230,00
Annaberger Steingut	355,00
Badische Anilin	450,00
Bergmann Elekt. Akt.	203,00
Berl. Masch.-Bau	229,75
Bismarckhütte	443,50
Bochumer Gußstahl	253,50
Chem.-Fabr. Buckau	361,00

Chem. Griesheim	292,50
Chem. Heyden	313,50
Consolidation Schalk	598,00
Cröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	213,00
Deutsche Luxemburg	277,50
Deutsche Uebersee-Elektr.	730,00
Deutsche Erdöl	860,00
Deutsche Gasglühl.	5100,00
Deutsche Kali	413,75
Deutsche Waffen und Mun.	350,75
Donnersmarckhütte	350,00
Döring & Lehrmann	142,00
Dürrkoppwerk	425,00
Engelhardt-Brauerei	239,00
Elberfelder Farben	364,00
Felten & Guillaume	395,00
Gasmotoren Deutz	175,28
Gebhard & Co.	—
Gebhard & König	224,00
Gelsenkirchen Berg.	292,00
Glauziger-Zuckerfbk	420,00
Hallesche Maschfbk.	438,00
Hann. Masch.	336,00
Harpener Berg	289,00
Hasper Eisen	580,00
Hirsch Kupfer	250,50
Höchster Farbwerke	340,00
Hoesch Eisen u. Stahl	307,00
Hohenlohe Werke	169,00
Humboldt Masch.	162,75
Ilse Bergbau	329,00
Kahla Porzellan	370,00
Kaliw. Aschersleben	365,50
Körbisd. Zucker-Akt.	375,00
Kyffhäuserhütte	175,00
Lahmeyer & Co.	180,00
Lauchhammer	260,00
Laurahütte	201,00
Linke & Hofmann	320,00
Ludwig Loewe & Co.	263,00
Lothringer Hütte	245,00
Mannesmannröhren	398,00
Masch.-Fabr. Buckau	243,00
Oberschl. Eisenb.-Bd	187,00
do. Caro Hag.	241,00
do. Kokswerke	420,00
Orenstein & Koppel	264,75
Phönix Berg	400,25
Rhein. Metall-Vorz.	270,00
Rhein. Stahlwaren	312,00
Riebeck. Montan	281,00
Rombacher Hütten	253,00
Rositzer Braunk.	291,00
Rositzer Zucker	194,00
Sangerhäuser Masch.	410,00
HugoSchneider A.-G.	250,00
Schuckert & Co.	170,50
Siemens & Halske	292,50
Stettiner Cham.	299,00
Stettiner Vulkan	210,00
Stollberger Zinkh.	251,50
Strals. Spielkarten	830,00
Thale-Eisenhütte	376,00
Triptis Porzellan	211,50
Türk Tabakregie	747,00
Ver. Köln-Rottweiler	264,00
Ver. Glanzstoff	901,00
Wegelin & Hübner	159,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	625,00
Wittener Gußstahl	885,00
Wrede Mälzerei	141,50
Zeitzer Masch.	—
Zellstoff Walthof	279,00
Otavi-Minen	735,00

Tendenz: still.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 21. Juni 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	220,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	123,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	152,00
Mansfelder Gewerkschaft	2650,00
Portland, Zementfabrik Halle	151,00
Prehlitzer Braunkohlen	1100,00
Priorit.	1500,00
"	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob=Margella; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale=Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200622016/fragment/page=0004